

Kultur und Wissen

Ein wichtiges Buch von Gerhard Feldbauer über die Fehler der Linken

**Was ist los in Italien?**

Von Heinz-W. Hammer

Italien – Land der ersten exotischen Urlaube der BRD-»Wirtschaftswunderkinder«, später dann das Ziel von Massentourismus und der diversen »Toscana-Fraktionen«. Synonym für Mafia, Pizza und Berlusconi. Land der Massenstreiks, von Don Camillo und Peppone, Pasta und Pizza. Die Liste der gängigen Assoziationen ließe sich fortführen. Der in italienischer Geschichte habilitierte und überaus produktive Publizist Dr.sc.phil Gerhard Feldbauer analysiert die Geschichte dieses mediterranen Landes aus Sicht eines ausgewiesenen Marxisten und lässt uns teilhaben an der Entwicklung der gesellschaftlichen Kräfte und des Klassenkampfes in diesem Land, angefangen vom April 1945 bis in den Spätsommer 2011.



Die titelgebende Linke umfasst dabei, gemäß ihrem unbestreitbaren historischen Anteil, die kommunistischen und sozialistischen, aber auch radikaldemokratische, anarchistische und antifaschistisch-bürgerliche Kräfte. Obwohl das Thema eine eigene Positionierung geradezu herausfordert, ist die gesamte Abhandlung von einer bemerkenswert sachlichen Distanz geprägt. Und dies, obwohl sich die Kompetenz des Autors nicht nur aus theoretischem Wissen, sondern auch aus direktem persönlichen Erleben vor Ort und freundschaftlichen Kontakten zu führenden Repräsentanten der italienischen Linken speist (S. 7-8).

Ebenso bescheiden wie bezeichnend daher seine Abschlussbemerkung im Vorwort (S.9): »Die dargelegten Gesichtspunkte erheben keinen Anspruch auf einzig maßgebliche Erkenntnisse. Sie sind vielmehr als Anregung

für das weitere Nach- und Durchdenken der Problematik zu sehen, in die noch weitere Aspekte einfließen könnten und auch müssten.«

Linke Kräfte unterschiedlichster Couleur in ganz Europa waren über die katastrophale wahlpolitische Niederlage des Wahlbündnisses »Sinistra arcobaleno« (Regenbogenlinke) im Frühjahr 2008 entsetzt. Schließlich bedeutete dies, dass »zum ersten Mal in der italienischen Nachkriegsgeschichte Kommunisten und Sozialisten – und mit ihnen die Grünen – nicht mehr im Parlament vertreten waren« (S. 10).

Feldbauer spürt im Folgenden der zentralen Frage nach: »Wo liegen die Ursachen für diese tiefe Krise? Will man einem moralischen Begriff folgen, so ist die Herrschaft von Kapitalisten – bei allen Modifizierungen – mit der von Räubern zu vergleichen. Mit Berlusconi kam einer der übelsten an die Regierung. Worauf ist es zurückzuführen, dass dieser Räuber gemeinsam mit Faschisten und Rassisten mit Unterbrechungen seit fast zwei Jahrzehnten das Land tyrannisieren konnte und die früher für ihre Kampfkraft bekannten Linken nicht mit ihm fertig wurden« und befasst sich im folgenden mit der wechselvollen Geschichte der am 21. Januar 1921 gegründeten IKP, die einst zur stärksten Kommunistischen Partei der kapitalistischen Industriestaaten wurde. Die Mitgliederzahl war von 1921 (58.783) bis 1950

(2.576.487) um das rund 43fache angestiegen. Der herausragende Anteil der IKP am antifaschistischen bewaffneten Kampf, der Resistenza, die »ihrem vorherrschenden Charakter nach ein nationaler Befreiungskrieg gegen die ausländische Besatzung und kein ausschließlicher Bürgerkrieg zwischen Faschisten und Antifaschisten« war (S. 24), steht außer Zweifel. Dennoch wurden seitens der IKP laut Feldbauer bereits unmittelbar nach der Befreiung 1945 schwerwiegende Fehler gemacht, so das Nichtformulieren einer sozialistischen Perspektive durch die Parteiführung, schwerwiegende Zugeständnisse an die Alliierten sowie die sträfliche Unterschätzung der Reorganisation des Faschismus bereits im August 1945 (S. 18). Damit sei eine klassische revolutionäre Situation (S. 29), die von Ende April 1945 bis zum Spätsommer dieses Jahres bestand, nicht genutzt worden – obwohl eine Massenbasis vorhanden war: »Es stand weit über eine halbe Million Mann unter Waffen. In der gut organisierten 256.000 Kämpfer zählenden Partisanenarmee stellte die IKP mit ihren Garibaldi-Brigaden 155.000 Mann und hatte mit 42.000 von insgesamt 70.000 Gefallenen auch die meisten Opfer gebracht. Weitere 206.000 Partisanen waren in den örtlichen Gruppi di Azione Patriottica (GAP) organisiert. Ihnen hatten sich während des bewaffneten Aufstandes Zehntausende weitere Kämpfer angeschlossen. Alle Partisanenformationen bestanden zu 85 bis 90 Prozent aus Arbeitern und Bauern. Sie bildeten den Kern einer kampftschlossenen Basis.« (S.31)

Die oftmals in guter Zusammenarbeit im Regierungsbündnis der sozialdemokratisch-sozialistischen ISP und mit Einschluss monarchistischer und großbürgerlicher Kreise »seit April 1944 erreichten Ergebnisse meinte Togliatti [IKP-Generalsekretär, hwh] durch den Verzicht auf zu revolutionäre Forderungen sichern zu können«(S. 40).

Hiergegen gab es deutlich formulierte Kritik, wie bspw. von Vizesekretär Pietro Secchio: »Wenn wir gegen den ausländischen Unterdrücker kämpfen, dürfen wir nicht den Kampf gegen den inneren Feind vergessen, der von den reaktionärsten Gruppen des Finanzkapitals vertreten wird, die sich offen auf die Seite des deutschen Eindringlings gestellt haben und auf jede Weise den Hitler-Horden und den faschistischen Banditen helfen, die jenes Regime wiederbeleben wollen, das Italien in die Katastrophe getrieben hat.« Nur die Entfaltung des Klassenkampfes gegen das Großkapital ermögliche die volle Einbeziehung der Arbeiter in den nationalen Befreiungskampf und sichere ihnen die führende Rolle in der zu erkämpfenden Demokratie. Um eine Rückkehr der reaktionären Kräfte zu verhindern, müsse »daher die Vorherrschaft der imperialistischen Gruppen, der reaktionären Gruppen des Finanzkapitals, zerschlagen und ihr Wiedererstehen unmöglich gemacht werden.« (S. 42).

Diese Warnungen verhallten allerdings. Stattdessen schwächte die IKP »die eigenen Positionen durch immer neue problematische Zugeständnisse an die großbürgerlichen Rechtskräfte, womit sie deren konterrevolutionäre Ambitionen zu beschwichtigen suchte, ihnen aber tatsächlich weiteren Auftrieb gab. Parallel dazu fehlte es an einer Mobilisierung der Basis der Partei und der Linken überhaupt, um den parlamentarischen Weg mit revolutionären Massenaktionen zu untersetzen und den Machenschaften der äußeren und inneren Konterrevolution zu begegnen. Die gemachten Zugeständnisse wurden im Gegenteil in ihrer vollen Tragweite verschwiegen oder verharmlost« (S. 44). Die essentiellen Abstriche und inhaltlichen Zugeständnisse (bis hin zur Amnestie für höchste Amtsträger des Faschismus) werden vom Autor auf den folgenden Seiten akribisch aufgelistet und erläutert (S. 44-61).

Zur bereits erwähnten Unterschätzung der Reorganisation des Faschismus stellt der Autor an derer Stelle fest: »Nach 1945 hatte die IKP über zwei Jahrzehnte blutige faschistische Diktatur hinter sich, und von einer Unterschätzung konnte keine Rede sein. Das Problem scheint zu Beginn der Nachkriegsperiode im eingeschlagenen parlamentarischen Weg und im Vertrauen auf das Funktionieren der erstmals nach dem Sturz der Monarchie für Italien durchgesetzten bürgerlichen Demokratie und hier wiederum in den illusorischen Erwartungen gegenüber deren Vertretern, vor allem in Gestalt der Democrazia Cristiana, zu liegen« (S. 80). Auch diese historische Last wirkte sich über Jahrzehnte aus: »1984

schockierte der sozialistische Staatspräsident Sandro Pertini, ein angesehener Führer der Resistenza, die Öffentlichkeit, indem er MSI-Chef Almirante offiziell empfing. Pertinis Haltung hatte Signalwirkung. Christdemokraten und Liberale hatten danach gegenüber den Faschisten kaum noch Hemmungen. MSI-Abordnungen wurden von nun an regelmäßig zu Parteitagungen eingeladen. Sozialistenchef Bettino Craxi sprach sich als Ministerpräsident (1983 – 87) für eine Aufnahme der MSI in die Regierung aus. Der zweimalige Ministerpräsident und spätere Staatschef Francesco Cossiga traf sich als Staatspräsident häufig offiziell mit MSI-Führer Gianfranco Fini, seit 1987 Nachfolger Almirantes, empfing Abordnungen der Partei und übermittelte 1992 zu einer faschistischen Kundgebung in Mailand eine Grußadresse, der die Teilnehmer bei der Verlesung stehend mit Führergruß und »Duce«-Rufen applaudierten« (S. 82).

Zwar gab es von Togliatti bei einer Parteikonferenz im Oktober 1946 eine selbstkritische Einschätzung, wonach es keine »Mobilisierung der Partei« gegeben habe und die nach dem Sieg der Resistenza vorhandene günstige Ausgangssituation sei »im Grunde genommen nicht genutzt« worden. Der Bericht wurde allerdings parteiintern gehandhabt und nicht publik gemacht (S. 60). Damit wurde diese historische Last über Jahrzehnte mitgeschleppt: »Über die strategischen Differenzen in der revolutionären Nachkriegssituation wurde keine grundsätzliche Auseinandersetzung geführt, das selbstkritische Eingeständnis Togliattis den Parteimitgliedern vorenthalten. Aber auch die Kritiker hielten sich in der Öffentlichkeit im Interesse der Einheit der Partei zurück. Der wachsende Masseneinfluss der Partei und ihr nachhaltiger Einfluss auf die Gestaltung des Nachkriegsitaliens schienen diese Kompromisshaltung zu rechtfertigen« (S.77-78).

Die völlige Unterschätzung der frühzeitigen Reorganisation des Faschismus durch die IKP erleichterte es den USA [1], dass sie sich »von Anfang an auch auf die faschistischen und andere mit ihnen gemeinsam handelnde reaktionäre Kräfte stützten. Die Publizisten Faenza/Fini schrieben in ihrem Buch "Die Amerikaner in Italien": „Während es das State Department und die amerikanischen Gewerkschaften waren, die direkt den ›demokratischen‹ Parteien von den Christdemokraten bis zu den Sozialdemokraten halfen (also sie finanzierten), wurden hauptsächlich die Militär- und Geheimdienste beauftragt, die Rechten zu unterstützen (also sie zu bewaffnen und zu besolden)“. Die USA verhinderten im Bündnis mit der inneren Reaktion eine Säuberung des Staatsapparates und des politischen Lebens von Faschisten. Vor allem dadurch war es den Kräften des faschistischen Regimes – soweit sie nicht zur DC oder zu anderen bürgerlichen Parteien wechselten – möglich, sich unmittelbar nach Kriegsende neu zu sammeln, politisch und organisatorisch wieder zu formieren, als Bewegung weitgehend intakt über die Niederlage hinwegzuretten und den veränderten Bedingungen anzupassen« (S. 71).

Nachdem bereits im August 1945 (!) die faschistische Sammlungsbewegung Uomo Qualunque (Jedermann) vollzogen worden war (S. 56), »erreichte die Etappe der Reorganisation des Faschismus mit der Gründung der Sozialbewegung MSI am 26. Dezember 1946 ihren vorläufigen Höhepunkt«. Damit »entstand eindeutig die verbotene faschistische Mussolini-Partei wieder, was eindeutig gegen die angeführte Übergangsbestimmung der Verfassungsgebenden Versammlung verstieß« (S. 72) – und zwar mit einer Massenbasis von mehreren Zehntausenden Mitgliedern, die bis 1972 auf 400.000 anstieg. »Bei den Wahlen im gleichen Jahr wurde die MSI mit 8,7 Prozent in der Abgeordnetenversammlung und 9,2 im Senat viertstärkste Partei. 1972 wuchsen ihre Wahlergebnisse in vier Regionen auf 15 und mehr Prozent. In 47 von insgesamt 100 Provinzhauptstädten war die MSI mit Ergebnissen zwischen 10 und 35 Prozent in den Parlamenten vertreten. In den Regionen Kampanien, Apulien, Sizilien und Sardinien regierte die DC mehrere Legislaturperioden lang mit den Faschisten oder erhielt deren parlamentarische Unterstützung. In fast allen Provinzstädten sowie in 1.500 Städten und Gemeinden war die MSI mit etwa 40.000 Ratsmitgliedern vertreten. In über 100 Städten und Gemeinden stellte sie den Bürgermeister, in zahlreichen weiteren wurden die Stadtoberhäupter mit ihren Stimmen gewählt« (S. 73).

Wo US-Besatzer und Faschisten wüten, kann der Vatikan, gerade in Italien, nicht weit sein: »31 Prozent Stimmen für die Kommunisten und Sozialisten bei den Parlamentswahlen 1948 und danach Hunderttausende, die sich gegen das Attentat auf Togliatti erhoben, beunruhigten den katholischen Klerus. Pius XII. ordnete am 1. Juli 1949 den Erlass einer „Acta Apostolicae Sedis“ durch das Heiligen Offizium an. Sie legte fest, dass jeder, der einer kommunistischen Partei beitrete oder ihr Vorschub leiste, Bücher, Zeitschriften, Zeitungen oder Flugblätter herausgebe, verbreite oder lese, welche die Lehre oder das praktische Vorgehen der Kommunisten verteidigen, oder darin schreibe, nicht zu den Sakramenten zugelassen werde und „ohne weiteres als Abtrünniger vom katholischen Glauben der Exkommunikation« verfallende“« (S. 76-77; siehe auch S. 78-83).

Anfang der 70er Jahre bestand sowohl die reale Chance für die IKP, auf parlamentarischer Ebene die DC als stärkste Partei abzulösen als auch die ebenso reale Gefahr eines offen faschistischen Putsches (»chilenische Lösung« in Anlehnung an den US-gesteuerten faschistischen Putsch in Chile gegen den Volksfrontpräsidenten Salvador Allende am 11. September 1973). Daher schlug der IKP-Vorsitzende Enrico Berlinguer (dem auf S. 111f. ein eigenes Kapitel unter dem Titel »Eine tragische Persönlichkeit« gewidmet ist) der DC einen *Compromesso storico*, einen historischen Kompromiss vor, was damals zu intensiven Diskussionen von Linken unterschiedlicher Provenienz in vielen Ländern Westeuropas führte – zumal Berlinguer zu den Protagonisten des sog. »Eurokommunismus« gehörte.

Feldbauer seziert diese Initiative sowie die gesamtgesellschaftliche Gemengelage und kommt zu dem Schluss: »Die Notwendigkeit, gegen die anwachsende faschistische Gefahr ein breites Bündnis unter Einschluss auch der DC zu bilden, stellte einen richtigen Ausgangspunkt dar« (S.93), bei der Gestaltung jedoch sei Berlinguer von Gramscis Definition eines Historischen Blocks im antifaschistischen Kampf abgegangen. Dieser »ging von Lenins Hinweisen für die italienischen Kommunisten auf dem III. Komintern-Kongress aus, denen zufolge Grundlage eines solchen Bündnisses sein müsse, dass die Partei im revolutionären Kampf „die Massen“, die „Mehrheit der Arbeiterklasse“ gewinnt.« Berlinguer hingegen »ging es um die Klassenzusammenarbeit mit den Christdemokraten. Die Ereignisse in Chile nahm er zum Anlass, seine bereits vorher verfolgte Konzeption einer Regierungszusammenarbeit mit der DC nunmehr unter den Linken glaubwürdig zu vertreten. Bereits auf einer ZK-Tagung im November 1971 hatte er erklärt, man müsse »aus der endemischen Krise der Regierungen des linken Zentrums herauskommen«, eine „Regierung der demokratischen Wende“ bilden und „die Überwindung der Klassenschranken anstreben“« (S. 94).

Der Autor resümiert: »Zur Abwehr der faschistischen Gefahr in eine bürgerliche Regierung einzutreten war durchaus legitim. Der IKP gelang es jedoch nicht, konkrete Schritte durchzusetzen, um der Gefahr Einhalt zu gebieten. Es hätte beispielsweise darum gehen müssen, das in der Verfassung festgeschriebene Verbot der Wiedergründung der Mussolini-Partei in Gestalt der MSI durchzusetzen, den Staatsapparat, besonders Armee und Geheimdienste, von faschistischen Elementen zu säubern, die offen faschistische Propaganda, darunter Aufrufe zum Sturz der verfassungsmäßigen Ordnung, wie sie die MSI unter der Parole einer „chilenischen Lösung“ für Italien betrieb, zu unterbinden. Nichts dergleichen geschah jedoch« (S. 96). Damit einhergehend wurden dann direkt weitere entscheidende Prinzipien über Bord geworfen. Die Opposition gegenüber der NATO wurde aufgegeben und der Beitritt zum imperialistischen Staatenbündnis EG befürwortet (S.95).

Mit dem bereits angesprochenen »Eurokommunismus« als damals »moderner« Spielart des Revisionismus konstatiert Feldbauer die Herausbildung einer sozialdemokratischen Strömung innerhalb der IKP seit Ende der 60er Jahre und analysiert deren ideologische und sozio-ökonomischen Ursachen (S. 96ff.). Nachdem zunächst die Opposition zur NATO aufgegeben worden war, kam es nun »zu dem absurden Bekenntnis, die NATO eigne sich

unter bestimmten Voraussetzungen als „Schutzschild“ eines italienischen Weges zum Sozialismus« [2].

Ein eigenes Kapitel ist der Ausgrenzung von Kritikern inner- und außerhalb der IKP seit Ende der 60 Jahre (S. 101ff.) gewidmet, bei dem uns nicht nur weltberühmte Persönlichkeiten wie Giangiacomo Feltrinelli und Pier Paolo Pasolini begegnen, sondern auch Tausende »einfache« Mitglieder und ehemals Sympathisierende.

Ein weiteres, kurzes Kapitel befasst sich eigens mit dem später in einem CIA-Komplot, zu dessen Komplizen sich die IKP machte, ermordeten DC-Politiker Aldo Moro (S. 106ff.) [3], das im Kapitel »V. Heimkehr zur Sozialdemokratie und Abschied« (113ff.) seine Fortsetzung findet. In deren Folge beteiligte sich die IKP an der Verabschiedung von Notstandsgesetzen, die sich in erster Linie gegen die radikale Linke und die eigenen Mitglieder richteten: »Tausende Linksradikale, viele von ihnen ohne sich eines Vergehens strafbar gemacht zu haben, wurden in die Gefängnisse geworfen, zirka 100.000 Personen von den polizeilichen Ermittlungen erfasst, rund 40.000 angeklagt, etwa 15.000 verurteilt« (S. 110).

Feldbauer stellt die These auf »Mit dem Mord an Aldo Moro wurde nicht nur der Linken, sondern auch der traditionell nach links tendierenden bürgerlichen Mitte jene schwere Niederlage beigebracht, die bis ins 21. Jahrhundert hinein zum Vormarsch der Rechten und Faschisten beitrug« und belegt dies ausführlich (S. 113ff.)

Der vom IKP-Generalsekretär Achille Occhetto forcierte sozialdemokratische Kurs mündete folgerichtig im Folgejahr in die »Liquidierung der IKP« (S. 118ff.). Manche Linke aus der Bundesrepublik dürften peinlich berührt sein, wenn sie lesen müssen: »In nicht wenigen Punkten übertraf der Auflösungskongress dann noch Bad Godesberg, so wenn er selbst auf die Vokabeln „sozialistisch“ oder „sozialdemokratisch“ in dem neuen Parteinamen verzichtete und die neue Partei schlicht Demokratische Partei der Linken (PDS) taufte. Zum Parteisymbol erkor die PDS eine grüne Eiche, an deren Fuß kaum sichtbar Hammer und Sichel untergebracht wurden. Occhetto hob in einem Brief an den SI-Vorsitzenden Willy Brandt die Bedeutung der „Erfahrungen der Sozialdemokratie“, die „trotz Begrenzungen und Schwierigkeiten von substantziellen Errungenschaften an Wohlstand und Kultur gekennzeichnet“ seien, für die Umwandlung der IKP hervor (...) In Rimini hatten sich die „Heimkehrer zur Sozialdemokratie“ noch auf Gramsci berufen und an die progressiven Traditionen der italienischen Sozialisten anknüpfen wollen. Stattdessen warf die Führung in den folgenden Jahren alles, was noch an kämpferischem sozialistischem Erbe existierte, über Bord. Zu ihren Vorbildern erkor sie den deutschen Kanzler Schröder und seinen Kollegen Anthony Blair und selbst William Clinton« (S. 123, 125)

Im Kapitel »Von Gramsci zu Agnelli« belegt der Autor den Anteil der neu gegründeten PDS am Aufstieg des Mediendiktators Berlusconi (S. 123ff.), der schließlich in ein »verhängnisvolles Kapitel des Paktierens der Linksdemokraten mit den AN-Faschisten« mündete (S. 133ff.).

Sehr ausführlich wird »Italien unter Berlusconi« (S. 139ff.) abgehandelt. Dessen bisher 1994, 2001 und 2008 gebildete Regierungen werden präzise analysiert: »Die Kabinette Berlusconis stellten noch keine faschistischen Regimes herkömmlicher Prägung dar, wohl aber Regierungen, die faschistoide Methoden praktizierten« (S. 146). Unter Bezugnahme auf Domenico Losurdo werden charakteristische Wesensmerkmale herausgearbeitet, so der Expansionsdrang, völkerrechtswidrige Angriffskriege und Völkermord u.a.m. (S. 146ff.) Feldbauer konstatiert einen »über den üblichen Rahmen der Herrschaft der Großbourgeoisie hinausgehende(n) diktatorische(n) Regierungskurs, der immer mehr faschistoides Gepräge annahm und den letzten Rest von bürgerlicher Demokratie zur Makulatur werden ließ« (S. 175-176) und belegt dies mit zahlreichen, zum Teil erschreckenden Beispielen.

Im letzten Kapitel »VII. Verlorenes Terrain gewinnt man schwer zurück« (S. 180ff.) skizziert der Autor das aktuelle Parteiengefüge auf der Linken, Spaltungsentwicklungen, Bemühungen des Zusammenführens [4] und Aufzeigen von Perspektiven. [5]

Das Manuskript wurde vor dem mittlerweile stattgefundenen Berlusconi-Rücktritt [6] abgeschlossen. Interessant daher die damals getroffenen Voraussagen des Autors. Neben dem »für den Herbst 2011« prognostizierten »Ende der Ära des Mediendiktators« hat sich auch die Vermutung bestätigt, dass »Monti als Premier einer Übergangsregierung, die bis zum Ende der Legislatur amtieren soll (...)«. Dies gilt auch für die Prognose, dass vor Berlusconis Abgang »noch die von der EU geforderten einschneidenden neuen Kürzungen durchgedrückt« werden sollten (S. 204-205).

Dies versetzt den Autor nicht in den – wohl auch von ihm selbst nicht angestrebten – Rang eines Weissagers à la Nostradamus (also eines Scharlatans), zeugt allerdings von seiner großen Fachkompetenz.

Ich habe selten ein Buch mit einer derart hohen Faktendichte gelesen, wovon allein 394 Fußnoten auf 206 Textseiten zeugen. Daher konnte für diese Rezension aus Platzgründen auch nur ein Teil der enthaltenen, wichtigen Aspekte berücksichtigt werden.

Der Anhang besteht aus einer 146 Positionen umfassenden Literatur- sowie einer zusätzlichen Dokumentenliste, einem Abkürzungsverzeichnis (unterteilt in Medien und Parteien/Organisationen) sowie einem überaus hilfreichen Personenregister. Bei dem die Parteien/Organisationen umfassenden Abkürzungsverzeichnis wurden leider nur die größten Gruppen berücksichtigt. Dies kann im Einzelfall zu Irritationen führen, wenn man einzelne Abkürzungen im Text dort nicht erklärt bekommt. Daher wäre eine ergänzte Liste bei einer zu wünschenden nächsten Auflage sinnvoll.

Sehr hilfreich sind die in den Text eingestreuten politischen Kurzbiographien der handelnden Personen.

Nach Griechenland, wo eine sehr kämpferische Arbeiterklasse einen beispielhaften Kampf führt, ist ganz aktuell Italien unter EU-Kuratel gesetzt worden. Auch dort setzt sich eine kampferprobte Arbeiterbewegung zur Wehr. Wer sich über die Geschichte dieses Landes, seiner Bevölkerung und möglichen Perspektiven einen umfassenden Eindruck verschaffen will, nicht zuletzt, um für die eigenen Kämpfe zu lernen, muss dieses Buch gelesen haben. (PK)

#### **Fußnoten:**

[1] Der Christdemokratische Ministerpräsident Alcide De Gasperi zur Rolle der USA »gestand diesen massiven Druck vor der Verfassungsgebenden Versammlung unverblümt ein, indem er die Macht der USA in Italien als die einer „vierten Partei“ beschrieb, die „in der Lage ist, jede Anstrengung, die wir unternehmen, zu lähmen und vergeblich zu machen, indem sie die Kreditsabotage und die Kapitalflucht organisiert, die Preissteigerungen und die Skandalkampagnen. Die Erfahrung hat mich überzeugt, dass man Italien heute nicht regieren kann, ohne in der einen oder anderen Form die Repräsentanten dieser vierten Partei, die über das Geld und die ökonomische Macht verfügt, in die Regierung einzubeziehen“« (S. 70-71)

[2] Zu diesem einschneidenden ideologischen Kniefall führt der Autor treffend weiter aus: »Auf dem 10. Parteitag 1962 hatte Togliatti gesagt, der Pakt sei „ein Joch, das die Nation so weit beschränkt, dass diese das Recht verliert, über ihr Geschick selbst bestimmen zu können.“ Die Tatsache, dass die USA anschließend die entscheidende Rolle bei der Verhinderung der Zusammenarbeit der IKP mit der DC spielten, zeigte, wie aktuell die Wertung Togliattis geblieben war. Diese Haltung zur NATO stellte, bei einem gewissen Verständnis für kritische Positionen, welche die IKP gegenüber der KPdSU und vor allem ihrem Führungsanspruch in der kommunistischen Weltbewegung bezog, einen Affront nicht nur gegenüber der UdSSR, sondern allen Staaten des sozialistischen Lagers dar. Mitten im Kalten Krieg und der Blockkonfrontation bezog die IKP Position für die von den USA geführte NATO und

damit gegen den ihr gegenüberstehenden Warschauer Pakt und seine Kommunistischen und Arbeiterparteien. Aber das war noch nicht alles. Es wurde völlig übersehen, dass NATO und CIA die vorangegangenen faschistischen Putschversuche in Italien aktiv unterstützt, ja regelrecht zu ihren Drahtziehern gehört hatten. In Vergessenheit geriet, dass die USA 1945, beginnend mit der Zulassung von Uomo Qualunque, den Faschismus am Leben erhalten und es im Friedensvertrag von Paris ablehnt hatten, ein Verbot faschistischer Organisationen auszusprechen. Dieses Bekenntnis zur NATO war eine Absurdität ohnegleichen und eines jener Zugeständnisse, von denen man hoffte, es werde von bürgerlicher Seite schon irgendwann und irgendwie honoriert werden – eine katastrophale Fehleinschätzung, wie sich noch zeigen sollte.« (S. 99)

[3] Es sei an dieser Stelle hervorgehoben, das Gerhard Feldbauer zahlreiche Publikationen speziell zum Mord an Moro veröffentlicht hat, darunter: »Agenten, Terror, Staatskomplott. Der Mord an Aldo Moro. Rote Brigaden und CIA«, PapyRossa-Verlag, Köln, 2000; »Aldo Moro und das Bündnis von Christdemokraten und Kommunisten im Italien der 70er Jahre. Aldo Moro gewidmet«, Neue Impulse-Verlag, Essen, 2003; »Die Recherchen des Commissario Pallotta. Warum Aldo Moro sterben musste. Eine Kriminalgeschichte nach Tatsachen«, Offensiv Verlag Hannover 2008. (Rezension hierzu: <http://www.cubafreundschaft.de/Internationale%20Solidaritaet/Rezension%20Moro.pdf>; eine erweiterte Neuauflage erscheint gerade in der Reihe der Erich Weinert-Bibliothek der DKP Berlin)

[4] Hierbei ist vor allem der »Appell der 100« vom 17.04.2008 hervorzuheben; siehe: <http://www.cubafreundschaft.de/Internationale%20Solidaritaet/Italien,%20jw%2023.04.08,%20KP-Aufruf.pdf>

[5] Da gerade dieses Beispiel auch in Diskussionen innerhalb und zwischen linken Parteien in der BRD eine erhebliche Rolle spielt, sei folgendes Zitat aus diesem Kapitel hervorgehoben: »Die PRC verlor von ihren zu dieser Zeit etwa 130.000 Mitgliedern etwa ein Fünftel. In der PRC wurden erneut Stimmen laut, eine seit der Neugründung fehlende Auseinandersetzung mit dem Revisionismus aus den Zeiten der IKP nachzuholen. Konsequenzen wurden nicht sichtbar. Die Folge waren die widersprüchlichen Ergebnisse des 5. Parteitages 2002. Der Kongress beschloss ein linkes Aktionsprogramm, in dem er auf eine sozialistische Perspektive abstellte, sich gleichzeitig aber in der Substanz vom Marxismus-Leninismus lossagte. Nicht nur Lenin, sondern auch Marx wurde nur noch im historischen Kontext und unter bestimmten Gesichtspunkten als Bezug akzeptiert, die Leninsche Imperialismus-Analyse galt als „unangemessen zur Interpretation der Form der Herrschaft des neuen Kapitalismus“. Die PRC hielt eine führende Rolle der Arbeiterklasse für überholt und schrieb eine solche der Antiglobalisierungsbewegung zu. Das schloss die Reduzierung Gramscis als Theoretiker der Hegemonie der Arbeiterklasse auf ebenfalls historische Aspekte ein.«

[6] Zu einem früheren Rücktritt von Berlusconi heißt es: »Da PRC und Linksdemokraten den gleichen Misstrauensantrag stellten, trat Berlusconi angesichts der sich abzeichnenden Niederlage am 22. Dezember 1994 zurück. Es kam nun ein sogenanntes Techniker-Kabinett ins Amt« (S. 128). Das ähnelt stark der aktuellen Situation und zeigt, dass eine weitere Rückkehr des Mediendiktators keineswegs ausgeschlossen ist.

Gerhard Feldbauer - »Wie Italien unter die Räuber fiel – Und wie die Linke nur schwer mit ihnen fertig wurde«, PapyRossa Verlags GmbH & Co. KG, Köln. Neue Kleine Bibliothek 169, 222 Seiten, € 14,90 [D] / 15,40 [A] / SFR 21,90, ISBN 978-3-89438-471-5

**Online-Flyer Nr. 330 vom 30.11.2011**